

FACHFORUM

ANALYSEN & KOMMENTARE

N° 4 | 2008

Gute Aussichten für Gute Arbeit?

Neue politische Spielräume in Zeiten verschärfter
Statuskonflikte und Wohlstandssorgen

Berthold Vogel

ANALYSEN
KOMMENTARE

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG
Forum Berlin

PROJEKT
GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION

FACHFORUM

ANALYSEN & KOMMENTARE

Mit dem Projekt **Gesellschaftliche Integration** bearbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung die großen politischen Herausforderungen, die im Zuge des gegenwärtigen Umbruchs in unserer Gesellschaft entstehen.

Dazu gehören Fragen des Strukturwandels der Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung oder der Pluralisierung der Lebensformen. Besonders fokussiert werden die neuen Spannungsfelder sozialer Ungleichheit, die zu gravierenden Konflikten führen können und die Gefahr einer dauerhaft „gespaltenen Gesellschaft“ bergen. Im Zentrum steht deshalb die Frage, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden kann und welche Reformimpulse und Handlungsperspektiven dazu erforderlich sind.

Das **Fachforum** als eine tragende Säule des Projekts zielt darauf, die politische und wissenschaftliche Debatte im kritischen Diskurs aufzubereiten und mit neuen Sichtweisen anzuregen. Auf diese Weise soll auch die Arbeit am Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesrepublik analytisch begleitet werden.

Das Fachforum basiert auf zwei Kommunikationsformen: In den **Fachgesprächen** diskutieren Wissenschaftler/innen und Politiker/innen ausgewählte Fragestellungen und Problemfelder wie Armut und soziale Ausgrenzung.

In der vorliegenden **Publikationsreihe Arbeitspapiere** werden profilierte Analysen und Kommentare aus Wissenschaft und Politik zu kontrovers diskutierten Themen gesellschaftspolitischer Integration vorgestellt, wie zum Beispiel sozialwissenschaftliche Konzepte der Teilhabe, Forschungen zum Phänomen der verdeckten Armut oder zur ungleichen Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland. Begriffe und unterschiedliche Konzepte sollen geklärt und in einen übergreifenden Zusammenhang eingeordnet werden. Ziel ist die Erarbeitung möglicher **Lösungsvorschläge** und **Handlungsempfehlungen**.

Franziska Richter

Referentin des Projektes „Gesellschaftliche Integration“

Impressum:

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Franziska Richter
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Redaktionelle Bearbeitung:
Dr. Angela Borgwardt
Franziska Richter

© Friedrich-Ebert-Stiftung
ISBN: 978-3-89892-905-9

Gute Aussichten für Gute Arbeit?

Neue politische Spielräume in Zeiten verschärfter
Statuskonflikte und Wohlstandssorgen

Berthold Vogel



Inhalt

1. Einführung	5
2. Soziale Verwundbarkeit und die Prekarität des Wohlstands	6
3. Orte und Milieus der Statuskonflikte und Wohlstandssorgen	12
4. Gute Aussichten einer neuen Politik der „guten Arbeit“?	18
5. Schlussbemerkung	22
Literatur	24

Abstract

Im Mittelpunkt gesellschaftlicher Konflikte stehen mehr und mehr die Fragen nach sozialer Statussicherung und der Verteilung des Wohlstands. Die Gründe hierfür liegen in einer veränderten Arbeitswelt und in der Neujustierung der staatlichen Sicherungssysteme. Die Zone prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse dehnt sich spürbar aus. Auch qualifizierte Arbeitskräfte müssen um die Früchte vergangener sozialer und beruflicher Aufstiege bangen. Status- und Positionskämpfe gewinnen an Kraft. In der Mitte der Gesellschaft verschärfen sich soziale, materielle und symbolische Ungleichheiten. Die gesellschaftswissenschaftliche Debatte spricht von „sozialer Verwundbarkeit“ und von der „Prekarität des Wohlstands“. Bleibt vor diesem Hintergrund noch Raum für eine neue politische Gestaltung von Arbeit und Leben? Welche Aussichten hat es, in Zeiten verschärfter Statuskonflikte und Wohlstandssorgen Fragen nach Maßstäben und Orientierungspunkten einer „guten Arbeit“ zu stellen?

Der vorliegende Diskussionsbeitrag definiert zunächst die Begriffe der „Verwundbarkeit“ und der „Prekarität“. Worauf zielt die Soziologie, wenn sie die Gesellschaft auf diese Weise zu beschreiben versucht? Daran anknüpfend werden die sozialen Orte und Gruppen näher bestimmt, die in besonderer Weise unter Ungleichheitsdruck geraten sind. Ehe-

mals stabile Mittelschichtmilieus, die industriellen Facharbeiter und die öffentlichen Bediensteten sind offensichtlich in besonderer Weise in ihrem sozialen und beruflichen Status gefährdet. Minijobs und Leiharbeit verbreiten sich unter industriellen Facharbeitern und qualifizierten Dienstleistern. Zudem entzieht die neue wohlfahrtsstaatliche Politik im Rahmen der Modernisierung des Arbeitsmarktes gerade diesen Arbeitnehmergruppen die ehemals gewährte Statussicherheit. Die Mittelschicht droht zu zersplittern.

In diese Entwicklung hinein tritt die politische Programmoffensive der „guten Arbeit“. Sie eröffnet neue Perspektiven in der Diskussion um die Zukunft der Arbeitswelt. Eine Politik der „guten Arbeit“ ist nicht nur in Zeiten der Vollbeschäftigung und der Wohlstandsgewinne möglich. Vielmehr trifft sie in vielerlei Hinsicht den Nerv unserer Zeit und spricht wesentliche Fragen an, die immer mehr Beschäftigte angehen. Es gibt einen wachsenden Bedarf nach regulativen Wertmaßstäben in der Arbeitswelt: nach Fairness, Sicherheit und neuen Aufstiegsperspektiven.

Auch in Zeiten verschärfter Wohlstandssorgen und Statuskonflikte sind politische Spielräume vorhanden. Die politische Offensive der guten Arbeit hilft, diese Spielräume produktiv zu öffnen.

1. Einführung

Statuskonflikte und Wohlstandssorgen – beide Begriffe markieren Anforderungen und Befindlichkeiten einer Gesellschaft, in der viele ihrer erworbenen sozialen und beruflichen Positionen nicht mehr sicher sind und sein können. Offensichtlich gibt es in den unterschiedlichen Lagen und Milieus der bundesdeutschen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr zu verlieren als zu gewinnen. Der Kampf um den eigenen Status und die Verteidigung des erworbenen Wohlstands erregen öffentliche Aufmerksamkeit. Es sind gerade die mittleren Lagen der Gesellschaft, die Fachkräfte in Industrie und Handwerk sowie das Dienstleistungspersonal in der öffentlichen und privaten Wirtschaft, die sich in besonderer Weise mit neuen sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Besorgnissen konfrontiert sehen. Dieser Neuakzentuierung sozialer Problematiken möchte die gesellschaftswissenschaftliche Debatte gerecht werden, indem sie ihre Begriffe veränderten gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen versucht. Von „sozialer Verwundbarkeit“ und „Prekarität“ ist die Rede. In beiden Formeln kristallisieren sich neue gesellschaftliche Problematiken und Konflikte. Die Frage nach sozialer Verwundbarkeit oder Formen der Prekarität kann allerdings nur mit Blick auf die Veränderungen der Arbeitswelt und der wohlfahrtsstaatlichen Ordnung sozialer Un-

gleichheit beantwortet werden. Doch verdecken die Sorgen und Konflikte um Stuserhalt und Wohlstandssicherung neue Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitswelt? Bleibt kein Raum mehr für neue Perspektiven der politischen Gestaltung von Arbeit und Leben sowie für Fragen nach den Maßstäben und Orientierungspunkten einer „guten Arbeit“?

Im Folgenden soll es zunächst darum gehen, die Begriffe „soziale Verwundbarkeit“ und „Prekarität“ anhand aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen näher zu bestimmen. Weiterhin sind die Orte und Milieus zu identifizieren, an denen sich Statuskonflikte und Wohlstandsfragen ergeben. Sie bedürfen besonderer soziologischer und politischer Aufmerksamkeit, zumal sie Ausdruck veränderter politischer und wohlfahrtsstaatlich geprägter Formen sozialer Ungleichheit sind. Schließlich werden die Befunde unserer knappen Analyse auf die neue und insbesondere in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie intensiv geführte Diskussion um die Gestalt und Gestaltung „guter Arbeit“ bezogen. Wie steht es um die Aussichten und Gelegenheiten für eine neue Politik der „guten Arbeit“, wenn Statuskonflikte und Wohlstandssorgen das gesellschaftliche und politische Klima bestimmen?

2. Soziale Verwundbarkeit und die Prekarität des Wohlstands

Vor dem Hintergrund neu justierter Staatlichkeit und fragiler Arbeitswelten treten Fragen nach der Verteilung von Wohlstandsverlusten in den Blickpunkt der politischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Die Fort- und Umbildung der staatlichen Architektonik geht mit der Durchsetzung veränderter normativer Erwartungssysteme einher und sie löst „Enttäuschungskaskaden“ (vgl. Luhmann 1972) aus. Diese „Kaskaden“ haben einen Ort, von dem sie ihren Anfang nehmen. Die Sorge um Wohlstandseinbußen, die Angst vor dem Abstieg und die Befürchtung des Privilegienverlusts treffen wir an den Orten unserer Gesellschaft, an denen es etwas zu verlieren gibt. Die Sozialforschung entdeckt in ihren Umfragen eine von Gegenwartsbesorgnis und Zukunftsangst zerfurchte deutsche Mittelklassegesellschaft. Die Angehörigen der Mittelklassen sehen und bemerken in ihrem Lebensalltag und ihrer Arbeitswirklichkeit auf der einen Seite ein wachsendes soziales Niemandsland der Armut, der Arbeitslosigkeit und der Gelegenheitsjobs. Zur gleichen Zeit nehmen sie wahr, dass die Zeiten der klaren sozialen Trennungen zwischen denen, die dazugehören und denen, die draußen bleiben müssen, vorbei zu sein scheint. In der Mitte der Gesellschaft regieren Anspannung und Nervosität. Die hoffnungsfrohe Karriereplanung und der aussichtsreiche Zueginn stehen für viele schon lange nicht mehr an erster Stelle ihrer Tagesordnung. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint angestrengt um Wohlstandssicherung und Klassenerhalt bemüht zu sein. Ins Zentrum politischer Konflikte treten mithin die Fragen nach der Gewährleistung und der Verteilung des Wohlstands. Die privilegierten und statusbewussten Mittelklassen bemerken die neue Verwundbarkeit ihrer sozialen Position und die wachsende Prekarität ihres Wohlstands. Tatsächlich deutet vieles darauf hin, dass sich das soziale Ungleichheitsgefüge nach unten öffnet. Abwärtsbewegungen gewinnen an Kraft. Auf eindrucksvolle Weise zeigen beispielsweise die Analysen des Datenreports des Statistischen

Bundesamtes zur Entwicklung der „sozialen Mobilität“, also zu den sozialen Auf- und Abstiegen, dass im Zeitraum von 1976 bis 2004 die vertikale Mobilität gegenüber der horizontalen Mobilität deutlich zugenommen hat. Hinter verstärkter vertikaler Mobilität verbergen sich in erster Linie soziale Abstiegsprozesse. Aktuelle Studien zur Einkommensentwicklung in den Mittelschichten und zu deren sozialen Zukunftserwartungen unterstreichen die Dynamik dieser Prozesse.

Die Eckpfeiler der Mittelklassewelt – die in Deutschland in besonderer Weise eine Welt der sozialen und wirtschaftlichen Aufsteiger ist – die Familie, die Bildung und die Erwerbsarbeit haben an Tragfähigkeit, aber auch an Überzeugungskraft verloren. Wenn Grübeleien übers Kinderkriegen oder Streitigkeiten um Sorgerechte den Familiensinn eintrüben, wenn Pisa-Studien und Elitedebatten die Bildungshoffnungen zermürben, oder wenn einstmals solide betriebliche Mittelstandsmotoren wie Siemens, Allianz, Deutsche Bank oder Volkswagen ins Stottern kommen, dann geraten Status und Wohlstand derer in Gefahr, die sich noch vor Kurzem auf der sicheren Seite des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts wähnten. Nach wie vor ist die Erwerbsarbeit der zentrale Ort sozialer Integration, materieller Lebensführung, symbolischer Anerkennung und personaler Identitätsstiftung. Doch prekäre Arbeitsformen gewinnen Raum, sozialpartnerschaftlich und wohlfahrtsstaatlich gesicherte Zonen des Arbeitens schrumpfen. Die Leiharbeit durchsickert die industriellen Stammebelegschaften. Die Ein-Euro-Jobber machen sich in öffentlichen Diensten breit. Die Befristung von Arbeitsverträgen ist ebenso neue Normalität wie die Tatsache der „Mehrfachbeschäftigung“. So erscheint es nur folgerichtig, dass am „Tag der Arbeit“ nicht die selbstbewusste Arbeitnehmerschaft, sondern das fatalistisch gestimmte „Prekariat“ der Praktikanten und Aushilfskräfte auf die Straße geht. Aber nicht alleine die Verluste an Subs-

tanz und Tragfähigkeit der Familie, des Bildungssystems und der Erwerbsarbeit lassen in der Mitte der Gesellschaft Abstiegsängste und Deklassierungsfurcht wachsen. Die sozialen Gefühlslagen der Verwundbarkeit und der Prekarität sind in besonderer Weise an die Gestalt und Gestaltung des Wohlfahrtsstaates gebunden, denn das wohlfahrtsstaatliche Arrangement war – neben der Erwerbsarbeit – der zentrale Aufstiegsgarant und Integrationsmotor der vergangenen Jahrzehnte.

Der Kernpunkt der aktuellen wohlfahrtsstaatlichen Neujustierungen ist zweifelsohne die Abkehr vom staatlich garantierten Prinzip der Status- und Lebensstandardsicherung. Zwar waren die „klassische“ Sozialhilfe, aber auch Fürsorgeleistungen wie die Jugendhilfe schon immer bedarfs- und nicht statusorientiert. Doch zentrale Elemente der sozialen Sicherung, der Lohnersatzleistungen und der beruflichen Fort- und Weiterbildung waren in der Ausbau- und Konsolidierungsphase des Wohlfahrtsstaates stets am erreichten Berufs- und Erwerbsstatus fixiert. Ein wichtiges Schlüsselement war hier die (zeitlich begrenzte) Statussicherung im Falle des Arbeitsplatzverlustes. Doch im Rahmen der „Hartz-Reform“ wurde dieses Ziel der Statussicherung aufgegeben. Die seit 2002 betriebene Reformpolitik wagte sich mit der Abkehr von der Statussicherung in Verbindung mit Prinzipien der stärkeren Selbstbeteiligung und Eigenleistung in der Alterssicherung, der Gesundheitsvorsorge oder im Bildungssystem an die Privilegien der Mittelklassen. Mit der Umsetzung der rot-grünen „Agenda 2010“ wird die Neujustierung des Wohlfahrtsstaates nicht mehr nur zu Lasten der gesellschaftlichen Randlagen betrieben. Sie wird „mittelklasserelevant“ und forciert bzw. öffnet die latent vorhandenen beruflichen und sozialen Abstiegsängste.

Ist die soziologische Strukturanalytik für diese Veränderungen begrifflich und konzeptionell gerü-

tet? Skepsis scheint angebracht, zumindest wenn wir uns den prominentesten Vorschlag in den Debatten der Soziologie der letzten Jahre anschauen: den Begriff der Exklusion (vgl. Kronauer 2002; Bude/Willisch 2008). Zwar verweist „Exklusion“ auf die Verschärfung sozialer Ungleichheit und versucht, die Aufmerksamkeit der Sozialwissenschaft auf das Verhältnis eines gesellschaftlichen Innen und Außen zu lenken. Doch die Exklusionsdebatte verfehlt über weite Strecken gesellschaftliche Realitäten, da mit ihr und durch sie die schattierten Grauzonen und die spannungsreichen Übergangsphasen des sozialen Wandels unbeleuchtet bleiben. Diese mangelhafte Belichtung des Sozialen kann an der „Soziologie der Arbeitslosigkeit“ exemplarisch nachgezeichnet werden (vgl. Vogel 2008). Denn wer den Verlust der Arbeit nur noch unter der Rubrik der Exklusion abbucht, täuscht sich über die vielgestaltige Realität der Arbeitslosigkeit und wird den Erfahrungen und Bemühungen derjenigen, die nach einer für sie möglichen und akzeptablen Erwerbsarbeit suchen, nicht gerecht. In zeitdiagnostischer Hinsicht sind andere Aspekte viel relevanter: die Gefährdungen des Wohlstands, die schleichende Erosion sozialer und rechtlicher Statuspositionen, die Verwundbarkeit der Lebensführung und des Arbeitsalltags, die Brüchigkeit beruflicher und betrieblicher Statuslagen. In der dunklen Nacht der Exklusion drohen alle Katzen grau zu bleiben. All jene, die „in Arbeit“ sind, sind Teilhaber – ganz unabhängig von den rechtlichen Konditionen und sozialen Perspektiven, die mit unterschiedlichen Formen der Teilhabe am Erwerbsleben verbunden sind. Die gravierenden rechtlichen und materiellen, aber auch symbolischen Veränderungen in der Arbeitswelt bleiben unbeobachtet. In mancher Hinsicht erinnert der Begriff der Exklusion an die Zeit sorgender Staatlichkeit und die Epoche einer allgemein verbindlichen Sozialordnung. Er mutet wie ein kategoriales Relikt an, als die Prinzipien umfassender öffentlicher Daseinsvorsorge noch mehr oder weniger geräuscharm funktionierten,

oder als die sozialen Grenzen zwischen Auf- und Absteigern, zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, zwischen aussichtsreichen Karrieren und verhängnisvollen Abwärtsspiralen noch klar gezogen werden konnten. Was also ist zu tun? Wir benötigen ein Vokabular, das den Blick auf die sozialen Zwischenräume und die biografischen Übergangszonen hin öffnet. Die Begriffe der Verwundbarkeit und der Prekarität bzw. des prekären Wohlstands können hier weiterhelfen. Was hat es mit diesen Begriffen auf sich?

Soziale Verwundbarkeit: Der Begriff der Verwundbarkeit bringt zunächst die gefühlte soziale Ungleichheit und Unsicherheit ins Spiel. Zugleich enthält der Verwundbarkeitsbegriff aber auch eine strukturelle Komponente. Mit seiner Hilfe lässt sich das Terrain sozialer Gefährdungen abstecken und die soziologische Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Kippunkte des sozialen Strukturgefüges und auf die „Grenzzustände“ des Sozialen. Als strukturanalytische Kategorie umreißt der Begriff der Verwundbarkeit eine Zone sozialer Wahrscheinlichkeiten. Hier finden sich Abstiegsdrohungen und Deklassierungssorgen sowie Aufstiegshoffnungen und Etablierungsbemühungen, jedoch keine Exklusions- oder Inklusionsgewissheiten. Eine systematische Einführung der Kategorie der Verwundbarkeit in die sozialhistorische und soziologische Ungleichheitsforschung finden wir in den Arbeiten Robert Castels zum Gestaltwandel der Lohnarbeit und der daran geknüpften sozialen Frage (vgl. Castel 2000). Castel wendet den Begriff der sozialen Verwundbarkeit auf die Sozialstrukturanalyse an und schlägt zur Beschreibung und Analyse der Entwicklung der Lohnarbeitsgesellschaft ein Modell vor, das im Sinne einer Systematisierung sozialer Ungleichheit drei historisch variable Zonen unterscheidet – Zonen der „Integration“, der „Entkoppelung“ und der „Verwundbarkeit“. „Das Paar ‚stabiles Arbeitsverhältnis – solides Eingegliedertsein in soziale Beziehungen‘

bildet die Zone der Integration. Umgekehrt addieren sich die negativen Auswirkungen des Fehlens jeglicher produktiver Tätigkeit und der Mangel an gesellschaftlichen Beziehungen zu sozialer Ausgrenzung oder [...] zur Entkoppelung. Die soziale Verwundbarkeit stellt eine instabile Zwischenzone dar, welche ein prekäres Verhältnis zur Arbeit mit einer fragilen Unterstützung durch die nächste Umgebung kombiniert“ (Castel 2000: 13). Mit Blick auf die Kohäsion und Stabilität des sozialen Ganzen erhält die Kategorie der Verwundbarkeit zudem eine strategische Funktion: „In reduziertem oder kontrolliertem Zustand gewährleistet sie die Stabilität der Sozialstruktur, sei es im Rahmen einer einheitlichen Gesellschaft (einer Formation, innerhalb der alle Gesellschaftsmitglieder in den Genuß von Grund sicherheiten kommen), oder in Form einer konsolidierten zweigeteilten Gesellschaft (einer Gesellschaft vom Typ Spartas, in welcher kaum Zwischenpositionen zwischen den Vollbürgern und den unfreien Heloten existieren). Im Gegensatz dazu speist die heutzutage ganz klar geöffnete und in Ausdehnung befindliche Zone der Verwundbarkeit die Turbulenzen, die erreichte Situationen brüchigen und gesicherten Statuspositionen zunichte machen. Diese Feststellung besitzt auch zeitübergreifende Gültigkeit. Die Verwundbarkeit ist ein sich über Jahrhunderte hinziehendes Wogen, das der Lage des einfachen Volkes den Stempel der Ungewissheit und ganz häufig des Unglücks aufgeprägt hat.“ (ebd.: 15) Der Umfang und die Grenzen der Zone sozialer Verwundbarkeit, aber auch der Zonen des Ausschlusses und der Integration, bestimmen sich historisch variabel je nach betrieblicher, beruflicher und rechtlicher Sicherheit der Erwerbsarbeit, je nach Stabilität der Einbindung in soziale Netze und je nach politischer und wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaftsgestaltung. Unter dem aktuellen Eindruck wachsender Instabilität der Beschäftigung, veränderter Qualitäten in den sozialen Beziehungen und des neuen Zuschnitts wohlfahrtsstaatlicher Politik prognosti-

ziert Castel die Ausweitung der Zone der Verwundbarkeit, ja er geht für die europäischen Gesellschaften sogar von der Rückkehr „massenhafter Verwundbarkeit“ aus. Das ist freilich kein unumkehrbarer Prozess, der gleichsam als soziales Schicksal die Gesellschaften heimsucht. Denn Castel betont gerade in seinem Band „Die Stärkung des Sozialen“ die zentrale Rolle von Politik und Recht, die die Extraktionen und Kontraktionen der Zone der Verwundbarkeit entscheidend beeinflussen. Die Quantitäten der Zone der Verwundbarkeit sind daher immer auch Resultat politischer Entscheidungen. Verwundbarkeit als Lage und Prozess ist mithin zugleich das Resultat der politischen Gestaltung der Arbeitsmärkte und betrieblichen Verhältnisse.

Prekarität: Weit prominenter als der Begriff der Verwundbarkeit ist die Kategorie der Prekarität. Prekarität als soziologisch gehaltvoller Begriff ist im Laufe der letzten Jahre aus dem französischen Sprach- und Debattenraum in den deutschen eingewandert. Die Protagonisten dieser kategorialen Innovation waren zweifelsohne das soziologische Dreigestirn Pierre Bourdieu, Robert Castel und Serge Paugam. Prekarität bedeutet nach deren Verständnis, dass die Welt der Arbeit, der Betriebe und die Realität der Erwerbsbiografien bzw. der Alltagsbewältigung mehr und mehr widerruflichen und vorläufigen Charakter annimmt. In der Arbeitswelt entwickelt sich eine Kultur der Ungewissheit und der Unplanbarkeit, ja ein Diktat des Relativen legt sich über den Lebens- und Arbeitsalltag weiter Teile der Bevölkerung. Die Bekräftigung der Unverbindlichkeit hat nicht nur handfeste materielle und rechtliche Folgen, sie verändert auch die Mentalitäten, die Erfahrungen, Erwartungen und Orientierungen der Mitglieder einer Gesellschaft. In dieser Lesart verfügt die Prekarität bzw. die Prekarisierung mit Blick auf soziale oder betriebliche Beziehungen über eine zerstörerische Kraft der „negativen Individualisierung“ (Castel 2000) bzw. der „disqualification so-

ziale“ (Paugam 2008). Mit der Kategorie der Prekarität reagieren die Gesellschaftswissenschaften auf die sich verändernde Physiognomie der Erwerbsarbeit und ihre ungleichheitsstiftende Wirkung. In der Diskussion um Prekarität kommt freilich nicht nur der sozialstrukturelle und organisatorische Formwandel der Erwerbsarbeit zum Tragen, sondern auch die veränderte arbeitsrechtliche und beschäftigungspolitische Programmatik, die auf die Förderung atypischer Arbeitsverhältnisse setzt, um auf diese Weise Brücken aus den Randlagen ins Zentrum der Arbeitsgesellschaft zu bauen. Das Angebot der Ware Arbeitskraft ist vielfältiger geworden und der Begriff des Arbeitnehmers wird arbeitsrechtlich neu bestimmt. „Mit der Zunahme und der rechtlichen ‚Normalisierung‘ atypischer Beschäftigungsverhältnisse (geht) eine allmähliche Umdeutung der juristischen Interpretation des Arbeitsvertrages einher [...], die das Arbeitsrecht seiner Sonderstellung beraubt“ (Blanke 2004: 3). Die sozialen Prozesse, die unter dem Stichwort der Prekarität gesellschaftspolitisch zur Verhandlung stehen, sind daher keineswegs ein Ausdruck globaler ökonomischer Naturgesetze, sondern Resultate politischer und gesetzgeberischer Reformvorstellungen. Vor diesem Hintergrund bemühen sich die Sozialwissenschaften um die quantifizierende Messung und qualifizierende Bewertung der Prekarität. Exemplarisch beschrieb Gerry Rodgers vom International Labour Office (ILO) in Genf bereits Ende der 1980er-Jahre vier zentrale Merkmale von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, die auf Prekarität hindeuten: Der Grad der Arbeitsplatzsicherheit, die eigenen inhaltlichen Gestaltungsspielräume in der Arbeit, das Vorhandensein arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen und die Chancen zur Existenzsicherung durch Arbeit (vgl. Rodgers 1989). Je unsicherer ein Arbeitsplatz, je geringer der persönlicher Einfluss auf die Arbeitsausführung ist, je weniger Schutzrechte vorhanden sind und je geringer die Aussicht ist, sich und seiner Familie mit Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt zu sichern, desto

prekärer ist die Arbeit. Soziologische Studien („Gesellschaft mit begrenzter Haftung“) und Reportagen („Einfach abgehängt“) weisen darauf hin, dass sich die Erwerbsarbeit offensichtlich für immer mehr Menschen zu einem prekären Ort der sozialen Vorläufigkeit und Widerruflichkeit entwickelt (vgl. Schultheis/Schulz 2005 und Klinger/König 2006). Während der Begriff der Prekarität auf die wachsenden sozialen und betrieblichen Niemandsländer jenseits der Normalarbeit und der Kernbelegschaften verweist, wird mit der Frage nach dem prekären Wohlstand die Lage komplizierter. Eine soziale Grundspannung kommt ins Spiel, zwischen erreichtem Wohlstand und dessen Gefährdungen.

Prekärer Wohlstand: Die Kategorie des prekären Wohlstands wurde zu Beginn der 1990er-Jahre erstmals in der Analyse der Einkommensverteilung und der Dynamik materieller Armutrisiken verwandt. In einer empirischen Studie im Auftrag des katholischen Sozialverbandes „Caritas“ machte der Sozialwissenschaftler Werner Hübinger auf eine statistisch hochrelevante Einkommenszone aufmerksam, die zwischen verfestigter Armut und gesicherten Wohlstandspositionen angesiedelt ist. In dieser Einkommenszone zu „wirtschaften“ und zu „haushalten“ fällt nicht leicht. Das Auskommen mit dem Einkommen wird zum Problem. Der erreichte Lebensstandard und Wohlstand sind in ihrer Stabilität bedroht: Soziale Unsicherheit und materielle Restriktionen drohen die mittelständische Lebenswelt zu untergraben. Der Begriff des prekären Wohlstands signalisiert, dass sich finanzielle Sorgen nicht erst in den verarmten und arbeitslosen Randlagen der Gesellschaft finden lassen. Prekärer Wohlstand steht aber auch für ambivalente Erfahrungen und Selbstdefinitionen sowie für die lebens- und arbeitsweltlich erfahrbare Spannung zwischen sozialer Unsicherheit auf der einen und materiellem Wohlstand auf der anderen Seite. „Prekärer Wohlstand“ ist seit einigen Jahren schließlich eine offizielle Kategorie

der im Datenreport des Statistischen Bundesamtes veröffentlichten Einkommensverteilung. Dieser Einkommenszone werden diejenigen Haushalte zugeordnet, deren Einkünfte sich zwischen 50 und 75% des arithmetischen Mittels der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen bewegen. Seit einigen Jahren erweist sich diese Einkommenszone des prekären Wohlstands als relativ stabil – wir finden hier ein Viertel der Bevölkerung (vgl. Statistisches Bundesamt 2006).

Die Zeichen der Zeit deuten auf eine Neuorientierung der Ungleichheitsforschung hin. Diese Neuorientierung gilt in zweifacher Hinsicht. Auf der einen Seite werden die Konturen sozialer Differenzen und Konflikte schärfer und präziser wahrgenommen – das Problem der Exklusion wird zur Diskussion gestellt. Auf der anderen Seite versuchen erste Forschungen soziale Ungleichheit, ihre Entwicklung und Struktur, nicht mehr nur von der Arbeitswelt, sondern auch von der staatlichen (und nichtstaatlichen) Wohlfahrtsproduktion her zu denken. Alles in allem ist klar, dass sowohl das Zwiebelmuster sozialer Schichtung als auch das Patchwork der Individualisierung ganz offensichtlich für die Beschreibung der Ungleichheitsordnung ausgedient haben. Aber auch die scharf geschnittenen Strukturbilder der Exklusion und Inklusion, der Ausgrenzung und Teilhabe oder Dramatisierungsbegriffe wie „Entbehrlichkeit“ und „Überflüssigkeit“ wirken oft nur wie Hilfskonstruktionen. In die sozialwissenschaftliche Diskussion sozialer Ungleichheit ist daher Skepsis und Bewegung gekommen. Das Vokabular sozialer Klassengliederung und die Schichtstrukturen werden neu bedacht. Die beiden Begriffe Verwundbarkeit und Prekarität repräsentieren in diesem Zusammenhang wichtige konzeptionelle Denkrichtungen und empirische Perspektiven. Es sind prozessorientierte Begriffe, sie operieren systematisch mit empirischen Wahrscheinlichkeiten und sie nehmen eine soziologisch interessante Zone der Ungewissheit

bzw. Uneindeutigkeit in den Blick, in der der erreichte Lebensstandard und die errungenen beruflichen und sozialen Positionen nicht sicher sind. Schließlich verweisen sie auf eine spezifische Span-

nung des Sozialen zwischen Aufstiegshoffnung, Stabilitätswunsch und Verlustangst. Es geht also zunächst um Minusvisionen, aber vielleicht auch um neue Gelegenheiten?

3. Orte und Milieus der Statuskonflikte und Wohlstandssorgen

Mit den Begriffen der sozialen Verwundbarkeit und des prekären Wohlstands treten die Minusvisionen der Mittelklasse in den Vordergrund. Abwärtsbewegungen werden sichtbar, die als materielle und symbolische Verluste, als sozialversicherungstechnische Unregelmäßigkeiten oder als verminderte arbeits- und tarifrechtliche Schutzrechte daherkommen. Spezifische Konstellationen und Figuren sozialer und beruflicher Gefährdung treten in den Vordergrund. Beispielsweise Alleinverdienerhaushalte, die ihr familiäres Budget in prekärer Balance zu halten versuchen, Mehrfachbeschäftigte, die mittels „Job-Mix“ ihr Auskommen bestreiten, qualifizierte Fachkräfte, die als Leiharbeiter den Anschluss an die Arbeitswelt halten wollen, Beschäftigte in Kleinbetrieben, die durch den Verzicht auf Lohn und Arbeitnehmerrechte den eigenen Arbeitsplatz zu stabilisieren versuchen, Existenzen prekärer Selbstständigkeit, die sich von Auftrag zu Auftrag hangeln oder auch Angestellte im öffentlichen Dienst, deren berufliche Hoffnungen im „new public management“ neuer wohlfahrtsstaatlicher Steuerungskonzepte ihr Ende fanden. Alle diese Konstellationen und Figuren sind nicht in den Randlagen der Gesellschaft zu finden, sondern in deren Zentrum. Wenn wir versuchen, diese Veränderungen in der Mitte der Gesellschaft näher zu bestimmen, dann sehen wir, dass es im Kern zwei zentrale Mittelklassemilieus sind, die als ehemalige Aufsteigermilieus in besonderer Weise unter Druck und in Anspannung geraten sind. Die gesellschaftspolitische Brisanz dieser neuen Verschiebungen im Ungleichheitsgefüge besteht darin, dass beide Milieus zentrale Trägerschichten der bundesrepublikanischen Wohlstandsökonomie und ihres politischen Gemeinwesens repräsentieren. Es handelt sich auf der einen Seite um das gewerkschaftlich organisierte Milieu der industriellen Facharbeiterschaft, das sich in den Nachkriegsjahrzehnten auf der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Grundlage tarifvertraglicher Disziplin, gemeinwohlorientierter Mitbestimmung und kompromissbereiter

Leistungsbereitschaft etabliert hatte. Auf der anderen Seite attackieren die staatlichen und arbeitsgesellschaftlichen Veränderungen in starkem Maße das Mittelklassemilieu öffentlicher Dienste, das auf klar geordneten Berufslaufbahnen, moderater, aber sicherer Entlohnung und wechselseitiger Loyalität ruhte. Im industriellen Facharbeitermilieu etablierte sich in den Jahrzehnten sorgender Wohlfahrtsstaatlichkeit die neue, vorwiegend männlich geprägte Mittelklasse, im öffentlichen Dienst und in seinen angeschlossenen Korporationen und Institutionen hingegen deren weibliche Variante. Alles in allem haben wir es mit einer wachsenden „Zersplitterung“ der Mittelklasse zu tun (vgl. Vogel 2006: 82ff). Verschiedene empirische Studien liefern uns Hinweise auf diese Entwicklung:

- Im Bericht der Europäischen Kommission „Soziale Prekarität und soziale Integration“ (Paugam/Gallie 2002) wird deutlich, dass sich in der Zunahme von Unsicherheit und Prekarität kein universaler Trend spiegelt, der alle Beschäftigtengruppen in gleicher Weise erfasst. Neue soziale Differenzen werden sichtbar. Neben der verfestigten Prekarität in der Arbeiterschaft findet sich eine signifikante Steigerung sozialer und beruflicher Unsicherheit bei den Kerngruppen der „arbeitnehmerischen Mitte“, den leitenden Angestellten und den Bürokräften in der privaten Wirtschaft bzw. in den öffentlichen Diensten. Die Studie von Paugam und Gallie zeigt für den europäischen Raum, dass die Zeit der „great compression“ (Krugman 2002) vorbei zu sein scheint, also die Zeit der Etablierung einer erstaunlich stabilen Mittelklassegesellschaft mit relativ gleichmäßiger Einkommensverteilung, egalitären Konsummöglichkeiten und kultureller Standardisierung. In der Mitte des sozialen Raums kommen Prozesse der sozialen Differenzierung in Gang, die Einkommensverteilung wird ungleicher, die Konsumchancen fallen auseinander und die Distinktions-

bedürfnisse wachsen. Auch auf der betrieblichen Ebene gab es lange Zeit wirkungsvolle und stabile Trennungen zwischen einerseits breiten Stammbelegschaften, die auf arbeitsrechtlichen Schutz, auf tarifliche Entlohnung und Beschäftigungssicherheit rechnen konnten und andererseits schmalen Randbelegschaften, die markant schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren hatten. Die Arbeitsmärkte gliedern bzw. spalten sich in verschiedene Segmente. Diese Spaltungen haben in materieller, sozialer, rechtlicher und symbolischer Hinsicht Konsequenzen. Die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Arbeitsmarktsegmenten bestimmt über Lebens- und Arbeitsqualität, über Aufstiegsmöglichkeiten und Karriereperspektiven, über Beschäftigungssicherheit und Arbeitslosigkeitsrisiken. Doch auch dieses klare betriebliche Bild von Stamm- und Randbelegschaften hat erheblich an Schärfe verloren. Dirk Hauer kommt zum Beispiel in einer Analyse der Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu dem Schluss, dass die Perspektive von Stamm- und Randbelegschaften nicht nur trügerisch, sondern offensichtlich falsch ist. „In nahezu jedem größeren Unternehmen arbeiten Beschäftigte zu völlig unterschiedlichen Konditionen nebeneinander – Leiharbeiter, Beschäftigte von Zulieferern, Beschäftigte von ausgelagerten Betriebsteilen, neu Angestellte und Beschäftigte mit einer längeren Betriebsangehörigkeit. [...] Für alle differieren inzwischen die Löhne und Gehälter erheblich. Der Niedriglohnsektor hat längst in die ganz normale Betriebs- und Bürorealität Eingang gefunden“ (Hauer 2004: 1475f.). Einen weiteren interessanten Befund liefern in diesem Zusammenhang die Ökonomen Werner Nienhüser und Wenzel Matiaske, die auf der Grundlage des „Third European Survey on Working Conditions“ einen „Prekaritätsindex“ entwickelt haben. Mit Hilfe dieses mehrdimensionalen und vielschichtigen Analyseinstruments können sie zeigen, in welchem

Maße in EU-Staaten auch „Normalarbeitsverhältnisse“ prekarisiert sind – 40% der Befragten in „Normalarbeit“ beziehen Niedrigeinkommen, 63% haben keinen Zugang zu Weiterbildung, 52% sind starken körperlichen Belastungen ausgesetzt, 47% verfügen über nur geringe Handlungsspielräume in der Arbeit und 54% leiden unter einem hohen Zeitdruck (vgl. Nienhüser/Matiaske 2003: 470).

- Hinweise auf Wohlstandssorgen und Abgrenzungswünsche erhalten wir aus der Milieuforschung der Hannoveraner Soziologen um Michael Vester. Deren Studien zeigen, dass sich die nichtakademischen „Intelligenzberufe“ und „Semiprofessionen“ der Technik, der Verwaltung oder der medizinisch-sozialen Dienstleistungen, allesamt „klassische“ Berufe und Aufsteigermilieus der sozialen Mitte, in zweifacher Hinsicht in ihrer Stabilität und sozialen Selbstgewissheit bedroht sehen (vgl. Vester 2005). Erstens wachsen die beruflichen, arbeitsrechtlichen und betrieblichen Unsicherheiten, zweitens bleibt mit Blick auf die eigenen Kinder die bange Frage nach der Stabilität des Erreichten. Prekarität wird hier auch als Generationenfrage, als Frage nach der Fähigkeit zur sozialen Vererbung sichtbar. Denn offensichtlich finden sich gerade in diesen Milieus berufliche und soziale Aufsteiger, die nach den Mühen der Vergangenheit nun mit der Ungewissheit der Gegenwart und der Fragwürdigkeit ihrer und der Zukunft ihrer Kinder konfrontiert sind. Doch es kommt noch ein weiterer Punkt hinzu. Abstiegsgefahr verbindet sich für spezifische Milieus der sozialen Mitte mit Aufstiegsblockaden. Hierfür ist nach den Hannoveraner Befunden primär die strukturelle und organisatorische Entwicklung des Dienstleistungssektors verantwortlich. Private und öffentliche Dienstleistungen waren lange Jahre soziale Aufstiegsleiter und berufliches Auffangbecken für die Folgen der konti-

nuierlichen Beschäftigungsverluste industrieller (und auch landwirtschaftlicher) Arbeit. Hier boten sich neue professionelle Perspektiven für Berufseinsteiger und (bessere) Alternativen für Berufsumsteiger. Doch gerade in diesem Arbeitsmarktsegment zeichnen sich seit einiger Zeit gravierende Strukturveränderungen ab. Der Dienstleistungssektor „bietet nicht mehr, wie in den ‚goldenen Jahren‘, eine Masse von Arbeitsplätzen der herkömmlichen Angestellten mit mittleren Qualifikationen und Einkommen, sondern [...] vor allem Arbeitsplätze der Hochqualifikation und Niedrigqualifikation, beide mit besonderer weiblicher Komponente“ (Vester 2005: 9). Nach den Befunden dieser Studie spaltet sich die Mittelklasse. Verschwindet also die Mitte der Mittelklasse? Zumindest entwickeln sich jenseits ihres alten Zentrums sowohl bei den hoch- als auch bei den niedrigqualifizierten Dienstleistungen Phänomene „prekärer Stabilität“ – in feinem Unterschied zur „stabilen Prekarität“ der (industriellen) Arbeiterschaft. Beispiele für „hochqualifizierte prekäre Stabilität“ sind Journalisten, die von Verlagen als Dauerleiharbeitkräfte von einer Agentur angeheuert werden oder IT-Spezialisten, die sich durch gut bezahlte Kurzfristverträge hangeln. Daneben sind in den vergangenen Jahren, so die Hannoveraner Studie, eine Vielzahl gering entlohnter, arbeitsrechtlich „entsicherter“ und befristeter Arbeitsplätze im Gesundheitssektor, in der Altenpflege oder der Sozialarbeit entstanden, die die qualitative Struktur der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Dienstleistungsbeschäftigung deutlich verschlechtern.

- Auf die Verbreitung sozialer Ängste macht auch die Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aufmerksam, die im Herbst 2006 für allerlei politische Aufmerksamkeit gesorgt hat. Jenseits der Frage, ob es politisch erlaubt ist, von einer Unterschicht zu reden, zeigt

die Studie eine dominante gesellschaftliche Grundstimmung aus Anspannung und Verunsicherung. 63% der Befragten geben an, dass ihnen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst machen, 46% erleben ihr Leben als ständigen Kampf. Bemerkenswerte 49% geben an, dass sie befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können, und immerhin 14% sehen sich in jeder Hinsicht als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. als ins Abseits Geschobene. Diese Zahlen zeigen die starke Diffusion sozialer Ängste. Auch die Bielefelder Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ kann uns einen Eindruck von den mentalen Orten der Sicherheitsbesorgnis und den strukturellen Ursachen der Statusängste geben. Die Befunde der Untersuchung zeigen „eine sowohl beunruhigte als auch beunruhigende Mitte, denn die Kontrolle über die eigene Lebensplanung und das Reservoir von Anerkennungsmöglichkeiten werden in der Gesamtentwicklung von Desintegrationsängsten und -erfahrungen auch für sie prekär“ (Heitmeyer 2006: 21). Des Weiteren geben uns die Daten dieser Untersuchung den Hinweis, dass zwischen 2002 und 2006 die Zahl derer, die konkret befürchten, dass sich ihre Lage in der kommenden Zeit verschlechtern wird, von 24 auf 38% gestiegen ist.

- In einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Frühjahr 2008 zeigt sich schließlich, dass sich die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen in Deutschland zwischen dem Jahr 2000 und 2006 deutlich verringert hat. Die Einkommensmitte der Gesellschaft schrumpft (vgl. Grabka/Frick 2008). „Als Mittelschicht wird die Bevölkerungsgruppe mit einer relativen Einkommensposition von 70 bis 150% des Median bezeichnet. In dieser Abgrenzung umfasste die Mittelschicht in den 1980er-Jahren in Westdeutschland stabil rund 64% der Gesamtbevölkerung – die deutliche Mehrheit der

Erwachsenen und deren Kinder. Auch für Deutschland insgesamt lag der Anteil der Mittelschicht 1992 mit knapp 62% ungefähr in dieser Größenordnung – das entsprach etwas mehr als 49 Millionen Personen – und ist bis 2000 weitgehend stabil geblieben. Seither aber schrumpft die Einkommensmittelschicht und macht nur noch rund 54% (rund 44 Millionen Personen) der gesamten Bevölkerung aus. Innerhalb der Mittelschicht hat die Gruppe derjenigen mit einem Einkommen zwischen 90 und 110% des Median – also die ‚Durchschnittsverdiener‘ – mit einem Rückgang von rund fünf Prozentpunkten die stärksten Verluste hinnehmen müssen. Entsprechend haben die Ränder der Einkommensverteilung an Bedeutung gewonnen. Einen deutlichen Zuwachs verzeichneten die untersten Schichten“ (ebd.: 103). Interessant für die Entwicklung der Mittelklasse ist vor allem die Tatsache, dass die Abwärtsmobilität in der Entwicklung der Einkommensverhältnisse deutlich überwiegt. Die Mittelklasse „franst“ nach unten aus. Der verstärkte Einsatz von Leiharbeit, Minijobs und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, ja die generelle Aufsplitterung der Beschäftigungslandschaft insbesondere in den Bereichen mittelständischer Facharbeit und Fachangestelltentätigkeit forcieren diese Entwicklung. Eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) liefert wichtige Ergebnisse zur finanziellen Lage der Mittelklasse in Deutschland. Die Studie zeigt, dass die durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalte vom wirtschaftlichen Aufschwung seit dem Jahr 2006 nicht nur nicht profitieren konnten, sie hatten sogar leichte Einkommenseinbußen zu verkraften (Horn u.a. 2008: 3). Auch nach Auffassung der IMK-Studie liegen die Gründe für diese Entwicklung in der „Dekonstruktion“ der Arbeitswelt, deren Merkmale die abnehmende Tarifbindung ehemals stabiler Branchen (Autobau, öffentlicher Dienst etc.),

die Flexibilisierung und Vervielfältigung von Beschäftigungsverhältnissen und die arbeitsmarkt- bzw. beschäftigungspolitisch forcierte Deregulierung sind. Die Mittelklasse konnte somit von der konjunkturellen Aufhellung und dem neuen deutschen Wirtschaftsboom nicht profitieren. Im Gegenteil, mehr und mehr Gruppen der beruflich-fachlichen Arbeitnehmerschaft sehen sich mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert und empirische Studien zeigen zudem: Wer einmal im Niedriglohnbereich gelandet ist, kommt kaum wieder heraus (vgl. Bosch/Kalina 2007). Kein Wunder also, dass sich anhand der „subjektiven Indikatoren“ der DIW-Mittelschichtstudie zeigt, dass die empfundenen ökonomischen Unsicherheiten wachsen: „Der Anteil der Menschen, die sich ‚keine Sorgen‘ machen, lag in den 80er Jahren noch über 40 Prozent, in den 90er Jahren in Gesamtdeutschland bei rund 30 Prozent und jüngst, also auch in den wachstumsstarken Jahren 2006 und 2007, nur noch bei rund 23 Prozent“ (Grabka/Frick 2008: 106).

Alle genannten Studien zeigen, dass die Sorge, nichts mehr gewinnen, aber viel verlieren zu können, nicht nur ein vages Gefühl sozialer Bedrohung zu sein scheint, sondern sehr real ein Gutteil der Gesellschaft beschäftigt. Die Befunde deuten auf Bedrohungen und Gefährdungen von Arbeitnehmern hin, die vor Jahren noch auf der gesicherten Seite des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs standen. Doch kein gesellschaftlicher Wandel, der nur Verlierer und Absteiger kennt. Die stärkere Marktorientierung staatlichen Handelns, die allmähliche Etablierung betriebswirtschaftlicher Kalküle, die steigende Nachfrage nach Beratung, Therapie oder Mediation eröffnen qualifizierten Fachkräften neue berufliche Perspektiven, Gelegenheiten und Karrierefelder. Die Veränderungen der Professionen und der organisatorischen Ausrichtung der Arbeitswelt formieren die Mittelklasse neu.

Daran zeigt sich, dass der Wohlfahrtsstaat, der wichtige Teilbereiche seiner Aufgabenerfüllung vermarktet, vertraglicht und ausgliedert, im Zuge seiner Neujustierung keineswegs seine gestaltende Kraft verliert. Jetzt machen unter den Rahmenbedingungen einer stärker auf die Gewährleistung von Rahmenbedingungen orientierten Staatlichkeit neue Leitfiguren Karriere. Hier ist an die Controller zu denken, die vom neuen betriebswirtschaftlichen Effizienzdenken in der öffentlichen Verwaltung profitieren, ebenso an die Projektentwickler, die als Handlungstypen auch außerhalb des akademischen Feldes rege Nachfrage in zahlreichen öffentlichen wie privaten Dienstleistungen finden, oder an die Therapeuten, die sich im Zuge der weit um sich greifenden Psychologisierung sozialer und beruflicher Beziehungen wachsender Nachfrage erfreuen. Als neue Arbeitnehmertypen erscheinen zudem die Case-Manager, die sich zum Beispiel in den neu eingerichteten Job-Centern der Bundesagentur für Arbeit oder im Gesundheitssektor finden. Das Fall-Management gehört zur wachsenden Familie der „Outsourcing-Dienstleistungen“. Im Bereich des Gesundheitswesens umfasst es den ausgelagerten Sozialdienst der Kliniken, die Arbeitsvorbereitung in den Rehabilitations-Einrichtungen, die Leistungsoptimierung der Kassen oder die (den Patienten abgenommene) Organisation der Heilbehandlung. In dieser kursorischen Aufzählung neuer Karrierefelder im und durch den gewährleistenden Staat ist noch die wachsende Zahl der Mediatoren zu nennen, die ein staatlich gefördertes Konfliktmanagement betreiben, um die Notwendigkeit staatlicher Intervention in soziale Auseinandersetzungen zu minimieren. Die meisten Mediatoren haben sich – je nach Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung – auf Konflikte in Partnerschaft und Familie, in Schule und Jugendarbeit, am Arbeitsplatz, im Bauwesen und in der Wirtschaft, bei politischen und interkulturellen Konflikten spezialisiert.

Das Bemerkenswerte in diesem wohlfahrtsstaatlich forcierten Strukturwandel der Mittelklasse ist freilich: Es bieten sich zwar neue Gelegenheiten und Karrieremöglichkeiten, doch haben sich der Preis der Gelegenheiten und die Karrierekosten im Vergleich zur Expansionsphase des sorgenden Wohlfahrtsstaates in den 1960er- und 1970er-Jahren deutlich erhöht. Nicht nur die Verlierer, auch die Gewinner dieser Neuformierung der Erwerbssphäre und der Arbeitsmärkte sind mit größerer Beschäftigungsunsicherheit und geringerem arbeitsrechtlichen Schutz konfrontiert – darauf spielen ja die veränderungssensiblen Begriffe der Verwundbarkeit und des prekären Wohlstands an. Die Grundlagen beruflicher und sozialer Laufbahnen werden selbst für diejenigen brüchiger und instabiler, die über eine solide, nachgefragte fachliche Qualifikation verfügen. Im Strukturwandel der Arbeitswelt und ihrer Betriebe findet eine Neubewertung sozialer Ungleichheit und sozialer Sicherheit statt. Die Strukturverschiebungen sozialer Ungleichheit durch Auf- und Abstiege werden begleitet und verstärkt von einer normativen, symbolischen und materiellen Degradierung der beruflich Gefestigten und sozial Gebundenen – der industriellen Facharbeiter oder der öffentlich Bediensteten – auf der einen Seite und von einer normativen, symbolischen und materiellen Prämierung der notorisch Instabilen und bereitwillig Bindungslosen – der Projektmacher und der Freelancer – auf der anderen Seite. Diese Entwicklung wird durch einen publizistischen Trend verstärkt, der „Arbeitsreportagen für die Endzeit“ verfasst oder mit dem „Kursbuch Arbeit“ auf den „Ausstieg aus der Jobholder-Gesellschaft“ vorbereiten möchte. Währenddessen sind die industriellen Facharbeiter oder öffentlich Bediensteten keineswegs aus dem Arbeitsleben verschwunden. Im Gegenteil: Sie sind die Repräsentanten der großen Mehrheit derer, die jeden Morgen Richtung Produktionshalle und Büro aufbrechen. Doch als soziale Klassen oder Milieus, deren Arbeitsbedingungen un-

ter Druck geraten sind und deren Lebensformen abgewertet werden, finden sie nur noch wenig gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Im Zuge der wohlfahrtsstaatlichen Neujustierung verändern sich nicht nur die Strukturen der arbeitnehmerischen Mitte der Gesellschaft. Auch die normative und symbolische Ordnung sozialer und beruflicher Klassifikationen und Zertifikate wandelt sich. Einiges deutet darauf hin, dass sich dabei Prozesse des gesellschaftlichen Aufstiegs und der Karriere im Beruf entkoppeln. Berufliche Karrieren folgen nicht mehr zwangsläufig sozialen oder betrieblichen Statuslaufbahnen. Der „neue Geist des Kapitalismus“, den Boltanski und Chiapello so eindrucksvoll beschreiben, bläst denen kalt ins Gesicht, die sich durch ihre Berufswahl und ihre sozialen Beziehungen festgelegt haben. Umgekehrt weht der „neue Geist“ für diejenigen, die sich anpassungsbereit, unabhängig und beweglich zeigen können (vgl. Boltanski/Chiapello 2003). Gehört die Zukunft dem Leben und Arbeiten in Projekten und in Patchwork-jobs? Sind die Grenzgänger zwischen Beruf, Branche

und Arbeitsort, die jenseits von Kernbelegschaft, Normalarbeit und Bewährungsaufstieg agieren, die dominanten Arbeitstypen von morgen? Was würde das für die gesellschaftspolitischen Ambitionen der strukturellen und normativen Förderung „guter Arbeit“ bedeuten? Und inwieweit verschieben sich auch auf Seiten der Beschäftigten die Maßstäbe und Kriterien für die Frage, von welcher Qualität und Quantität Erwerbsarbeit sein sollte? Welche Ansprüche und Erwartungen werden überhaupt von Seiten der Beschäftigten heute an ihre Tätigkeit gestellt? Gibt es normative und strukturelle Bezugspunkte „guter Arbeit“, die an verschiedenen Orten der Arbeitswelt und aus verschiedenen Perspektiven der Beschäftigten formuliert werden? Kurzum: Gibt es „gute Arbeit“ in einer schlechten, da zunehmend prekarierten, fragilen und unsicheren Arbeitswelt? Der Index „Gute Arbeit“, der im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (vgl. DGB 2007) als repräsentativer Monitor der Bedürfnisse und Erwartungen der Beschäftigten an ihre Erwerbsarbeit konzipiert ist, gibt uns erste wichtige Antworten auf diese Fragen.

4. Gute Aussichten einer neuen Politik der „guten Arbeit“?

Der DGB-Index zur „Guten Arbeit“ wirkt wie ein Befreiungsschlag in einer festgefahrenen gesellschaftspolitischen Debatte zur Zukunft der Erwerbsarbeit. Er bietet offensiv normative Bezugspunkte und Wertmaßstäbe für die Frage nach der Qualität der Arbeit und rückt ausdrücklich die Perspektive der Beschäftigten in den Mittelpunkt der Analyse. Angesichts wachsender Beschäftigungsprekarität und arbeits- wie sozialrechtlicher Ent Sicherungen eröffnet er neue strategische, normative und gesellschaftspolitische Perspektiven in der Diskussion um die Zukunft der Arbeitswelt. Nicht mehr die schlichte Forderung nach der Erwerbstätigkeit um jeden Preis steht auf der politischen Agenda, sondern das ausdrückliche Plädoyer für die „gute Arbeit“. Dieses Plädoyer bezieht sich markant auf die unübersehbaren Tendenzen, dass für immer mehr Menschen auch Vollzeit erwerbstätigkeit keine ausreichende Lebensgrundlage mehr garantieren kann. Im Grundsatzprogramm „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“ der SPD, in dem diese Neujustierung der Debatte um die künftige Gestalt der Arbeit produktiv aufgegriffen wird, finden sich zur „guten Arbeit“ die folgenden Hinweise: „Nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein. Wir wollen Arbeit, die gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbenen Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Gute Arbeit umfasst auch selbständige Erwerbsformen. Auch ehrenamtliche und gesellschaftlich wertvolle Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit gilt es zu fördern“ (vgl. SPD 2007: 27). Die politische Programmatik ist das Eine. Doch wie steht es aus Sicht der Beschäftigten mit der „Guten Arbeit“? Welche Ergebnisse liefert der Monitor des DGB-Index? Er baut sich aus drei Teilindices zusammen:

- „Einkommen und Sicherheit“,
- „Belastungen“ – hierzu zählen die Aspekte der Arbeitsintensität sowie der körperlichen und emotionalen Belastungen,
- „Ressourcen“ – hier sind Qualifizierungsmöglichkeiten, Betriebskultur und Kollegialität, aber auch die jeweiligen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Arbeit angesprochen.

Diese drei Teilindices gehen zu je einem Drittel in einen Gesamt-Indexwert ein (DGB 2007: 6ff). Der Befund der Erhebung zur „Guten Arbeit“: 12% der Beschäftigten in Deutschland schildern ihre Arbeit als gute Arbeit, 34% als schlechte Arbeit und 54% sind nach ihren Angaben unter mittelmäßigen Arbeitsbedingungen erwerbstätig. Von besonderem Interesse für unsere Frage nach Statuskonflikten und Wohlstandssorgen sind die Ergebnisse zur Frage der betrieblichen und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten sowie zur Sicherheit des Arbeitsplatzes. Hier zeigen sich brisante Befunde, die unterstreichen, dass die Arbeitswelt ein Ort der Skepsis und Besorgnis geworden ist. Das gilt offenbar für Männer wie Frauen, für die meisten Branchen und auch in sehr unterschiedlichen regionalen Kontexten. Starke 37% der Befragten sehen gar keine und 45% nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten für sich. Vier von fünf Beschäftigten haben mithin den Eindruck, sich beruflich und/oder betrieblich mehr oder weniger in einer Sackgasse zu befinden. Weiterhin zeigen die Ergebnisse des Monitors, dass sich immerhin zwei Drittel der Befragten von der Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes belastet sehen. Nur 31% ängstigen sich nicht um ihre berufliche Zukunft (ebd.:15). Insgesamt wird deutlich, dass sich die Qualität der Erwerbsarbeit nicht alleine am Einkommen oder an der Länge der Arbeitszeiten bemisst, sondern wesentlich auch an den jeweiligen sozialen Perspektiven, die sich mit einer Erwerbstätigkeit verbinden, an dem Respekt, der den Beschäftigten im Arbeitsleben entgegengebracht wird, oder auch an der Rücksicht-

nahme auf körperliche und seelische Belastungen in der Arbeit. Die gesellschaftspolitische „Wohlfahrtsverantwortung“ (vgl. Heimbach-Steins 2007), die danach fragt, wie, wo, wann und mit welchen Zielen Menschen einer Erwerbsarbeit nachgehen, muss diesen Qualitätsaspekten der Erwerbstätigkeit sowie den betrieblichen, beruflichen und alltäglichen Rahmenbedingungen (Zeit für Familie, Freundeskreis und weitere soziale Kontakte) der Arbeit die notwendige Aufmerksamkeit schenken.

Welche Aussichten hat nun eine Politik der „guten Arbeit“? Auf den ersten Blick hat sie keine guten Karten. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Regionen (insbesondere in Ostdeutschland) nach wie vor hoch, die Unsicherheit und Brüchigkeit der Beschäftigung hat in nahezu allen Branchen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, arbeitsrechtliche Regeln verlieren an vielen Orten des Arbeitslebens immer mehr an Wert, Prekarität und Statusbedrohungen drohen gerade für viele aussichtsreich qualifizierte Beschäftigte überhandzunehmen. Bleiben da noch Spielräume für Fragen nach guter Arbeit? Ist nicht die Frage des „Ob“ wichtiger geworden als die Frage des „Wie“? Ist nicht eine Politik der „guten Arbeit“ ein Luxusproblem, eine Politik für Zeiten der Vollbeschäftigung und der Wohlstandsgewinne? Vieles spricht für diese Einwände und Fragen. Und dennoch: Eine neue Politik zur inner- wie außerbetrieblichen Gestaltung von Erwerbsarbeit, die sich den Fragen nach der Qualität der geleisteten Erwerbstätigkeit zuwendet, und die „Gute Arbeit“ zum Thema arbeitsgesellschaftlicher Auseinandersetzungen macht, hat sehr gute Chancen, an vielen Orten der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Denn sie trifft in vielerlei Hinsicht den Nerv der Zeit und spricht wesentliche Fragen an, die aus der verunsicherten und die Prekarität ihrer Lage registrierenden arbeitnehmerischen Mitte der Gesellschaft heraus an die Politik gestellt werden. Möglicherweise musste die Prekarität und Verwundbarkeit

der Erwerbsarbeit erst die mittleren, die qualifizierten, die beruflich gebildeten und die statusbewussten Lagen der Arbeitsgesellschaft erreichen, um eine Diskussion über die qualitativen Normen der Arbeit anzustoßen. Vielleicht fördern gerade die skizzierten Statuskonflikte und Wohlstandssorgen die Einsicht, dass eine demokratische, am Wohl der Vielen orientierte Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik es sich nicht länger leisten kann, Ansprüche und Erwartungen derjenigen zu übersehen, die entweder seit Jahren mitten im Erwerbsleben stehen und nicht nur wie Bauern auf dem Schachbrett hin- und hergezogen werden wollen, oder derjenigen, die neu ins Arbeitsleben eintreten und in ihrem Beruf etwas erreichen wollen. Der DGB-Index der „Guten Arbeit“ zeigt nicht nur Defizite in der Entlohnung der Arbeit, sondern auch frustrierte Ansprüche und Ängste, das bereits Erreichte zu verlieren. Von diesem Trend, wieder nach den qualitativen Normen der Arbeit zu fragen, könnten, ja müssten auch diejenigen etwas zu spüren bekommen, deren Aussichten alleine im ungesicherten Niedriglohnbereich zu liegen scheinen.

Eines scheint jedenfalls klar zu sein: Die aktuelle Diskussion greift zu kurz, wenn sie sich alleine auf Fragen des Abstiegs, der Zerfalls oder gar der Exklusion konzentriert. Die Aspekte der Statusbedrohung, der verfestigten Unsicherheit und vor allem der blockierten Aufstiege bzw. der frustrierten Ansprüche verdienen ebenso gesellschaftspolitische, aber auch sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit. Die Legitimation vorsorgender und rechtliche Sicherheit gewährleistender Politik hängt daher nicht zuletzt von der gesellschaftspolitischen Fähigkeit ab, regulative Wertmaßstäbe für die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Wohlfahrtsstaat und Arbeitsgesellschaft zu definieren. Was sind mit Blick auf Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeit regulative Wertmaßstäbe einer neuen Arbeitspolitik? Fairness, Sicherheit und Aufstieg sind drei zentrale Aspekte, die gegen

eine betriebswirtschaftliche Reduktion des Arbeitslebens, gegen eine Verschärfung der Unsicherheit als Anreizsystem sozialer Konkurrenz, und gegen den rechtlichen wie politischen Ausbau einer prekären und biografisch häufig aussichtslosen Arbeitswelt in Stellung gebracht werden müssen (vgl. Vogel 2007: 116ff).

- Der Aspekt der Fairness zielt auf die staatliche Gewährleistung fairer, übersichtlicher und transparenter Regeln in der Arbeitswelt. Das individuelle wie kollektive Arbeitsrecht spielt hierbei eine zentrale Rolle. Trotz aller Marktkonkurrenz und wirtschaftlicher Konflikte sorgt das Recht für die Einhaltung der Spielregeln.
- In Zeiten verfestigter Randlagen der Armut und Dauerarbeitslosigkeit sowie im Zuge einer zunehmenden Gefährdung der Statuspositionen der Mittelschichten kommt dem Aspekt der Sicherheit eine sehr hohe Bedeutung zu. Die Auseinandersetzungen um neue politische und rechtliche Gestaltungsformen sozialer Sicherheit müssen weitergeführt werden. Ausgrenzungserfahrung und Abstiegsangst bedürfen gleichermaßen der politischen Antwort. Die Organisation von Übergangsarbeitsmärkten und Konzepte der „Flexicurity“ stehen zur Diskussion. Hier geht es um die wichtige Frage, welche Rechtsformen und welche inner- wie außerbetrieblichen Strategien erfunden werden müssen, um diskontinuierliche Erwerbsverläufe und Situationen wechselhafter Beschäftigung abzusichern. Möglicherweise entspringen die Quellen der sozialen und rechtlichen Gestaltung der Arbeitswelt künftig eher in deren Randlagen und nicht mehr in deren Zentren. Jenseits der Kernbelegschaften müssen Lösungen gefunden werden, die dafür sorgen, dass die mehr oder weniger erzwungene Bereitschaft zu beruflicher Mobilität und Flexibilität nicht mehr Abstiegsrisiken erster Ordnung repräsentieren. Zu diesem Zweck muss mit Blick auf Fragen der Armutsprä-

vention und mit Blick auf neue Sicherungsformen der Mittelschichten eine Neubestimmung des Verhältnisses von zumutbaren Risiken und notwendigen Privilegien, von auferlegten Verpflichtungen und gesicherten Ansprüchen, kurz: von universalen und partikularen Rechten erfolgen.

- Schließlich zur Frage des Aufstiegs. Hier stehen Integration und Kohäsion des Sozialen zur Diskussion. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden nicht die, die schon immer am Rand standen, sondern die scheiternden Aufstiegs-kämpfer, die nach neuen sozialen und beruflichen Wegen individueller Selbstbehauptung suchen, aber zu Verlierern zu werden drohen. Vor dem biografischen Hintergrund fraglicher Aufstiegshoffnungen entwickelt sich eine gewisse soziale Mitleidlosigkeit, die Erfolge und Niederlagen individualisiert und aus dem Versagen der anderen neue eigene Kräfte zu schöpfen versucht. In diesen Debatten treten die Sorgen der eben noch Bessergestellten hervor. Der schrumpfende Abstand zur wachsenden Zahl der Unterprivilegierten weckt in der ungleichheitssensiblen, wohlstandsbewussten und verwundbaren Mitte der Gesellschaft Ressentiments und Abgrenzungsbedürfnisse. Schon Lorenz von Stein, ein Gründervater der Soziologie und der „Erfinder“ der „Sozialen Frage“ diskutierte im späten 19. Jahrhundert die Problematik der sozialen bzw. beruflichen Durchlässigkeit der Gesellschaft auf sehr hellsichtige Weise. Sein soziologisches Grundgesetz lautete: Sozialer Abstieg gefährdet zwar den Zusammenhalt und die Integrationskraft einer Gesellschaft, doch die Perspektive auf Aufstieg ist das „Lebensprinzip“ jeder offenen und freien Gesellschaft. Nicht nur die Abstiegsverhinderung oder die Statussicherung, auch die Aufstiegsermöglichung muss daher ein zentrales Prinzip politischen Handelns sein. Diese Ermöglichung des sozialen Aufstiegs ist dabei an zwei Voraussetzungen gebunden – an die faktische Existenz

rechtlicher Egalität und an die prinzipielle Durchlässigkeit der Gesellschaft. Die soziale Frage ist für von Stein dann gelöst, wenn soziale und berufliche Mobilität rechtlich und politisch, sozial und wirtschaftlich möglich ist. Die politische Antwort

auf die „soziale Frage“ ist daher nicht alleine die Sorge um die Armen, Ausgeschlossenen und Deklassierten, sondern immer auch die rechtliche und wirtschaftliche Ermöglichung sozialer Mobilität.

5. Schlussbemerkung

Die Diskussion um „Gute Arbeit“ in Zeiten erhöhter Wohlstandssorgen und verschärfter Statuskonflikte greift diese Aspekte der Fairness, der Sicherheit und des Aufstiegs auf und spricht Fragen nach dem sozialen Ganzen an. Wer Kriterien der guten Arbeit diskutiert, der diskutiert zugleich Kriterien einer guten Gesellschaft. Auf die Arbeitssoziologie, die Ungleichheitsforschung und die Sozialstaatsanalyse warten neue Aufgaben. Gefordert ist eine kritische und normativ wachsame Sozialforschung, die eine Vorstellung von den „Baugesetzen der Gesellschaft“ (Nell-Breuning 1968) hat. Zu diesen strukturellen und normativen Baugesetzen zählt die gesellschaftspolitische und sozialkulturelle Bereitschaft zur „gegenseitigen Verantwortung“ und zum „hilfreichen Beistand“. Nur in einem solchen politischen, wirt-

schaftlichen und betrieblichen Umfeld der Solidaritätsförderung und der Beistandsbereitschaft können sich die Wertmaßstäbe von Aufstieg, Fairness und Sicherheit entwickeln; nur auf diesen Grundlagen kann das dicke Brett der „guten Arbeit“ weiter gebohrt werden. Eine sozialpolitische Strategie, die Selbstbehauptung, Marktfähigkeit und Durchsetzungsbereitschaft des Einzelnen gegen Andere zu ihrer Maxime deklariert, wird an der politischen Gestaltung „guter Arbeit“ und an der Durchsetzung neuer sozialer bzw. wirtschaftlicher Lebensqualitäten scheitern. Doch auch in Zeiten verschärfter Wohlstandssorgen und Statuskonflikte sind politische Spielräume vorhanden. Die Programmatik der „guten Arbeit“ hilft dabei, diese Spielräume zu öffnen.

Angaben zum Autor

Dr. Berthold Vogel

Soziologe und Politikwissenschaftler. Von 1989 bis 2005 am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) in Göttingen tätig. Von 2003 bis 2005 Gastwissenschaftler, seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Hamburger Institut für Sozialforschung. Lehraufträge an verschiedenen Universitäten der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Wandel der Arbeitswelt, Neuordnung des Wohlfahrtsstaates und politische Soziologie sozialer Ungleichheit.

Literatur

- Blanke, Thomas (2004): Thesen zur Zukunft des Arbeitsrechts. In: Kritische Justiz, Heft 1/2004, S. 2–20.
- Boltanski, Luc und Eve Chiapello (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Bosch, Gerhard und Thorsten Kalina (2007): Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf (Hg.): Arbeiten für wenig Geld – Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt am Main und New York, S. 20–105.
- Bude, Heinz und Andreas Willisch (Hg.) (2008): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Hamburg.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) (2007): DGB-Index Gute Arbeit 2007 – Der Report, Berlin.
- Grabka, Markus M. und Joachim R. Frick (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenbericht 10/08 vom 5. März 2008.
- Hauer, Dirk (2004): Normale Arbeit anno 2004. Der Trend zu Prekarisierung und Niedriglohn. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49, Heft 12, S. 1475–1483.
- Heimbach-Steins, Marianne (2007): Wohlfahrtsverantwortung. Ansätze zu einer sozioethischen Krieteriologie für die Verhältnisbestimmung von Sozialstaat und freier Wohlfahrtspflege. In: Martin Dabrowski und Judith Wolf (Hg.): Aufgaben und Grenzen des Sozialstaats, Paderborn, S. 9–42.
- Heitmeyer, Wilhelm (2006): Wo sich Angst breit macht. In: Die Zeit vom 14.12.2006, S. 21–22.
- Horn, Gustav, Camilla Logeay und Rudolf Zwiener (2008): Wer profitierte vom Aufschwung? IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) Report Nr. 27 vom März 2008.
- Klinger, Nadja und Jens König (2006): Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland, Berlin.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt am Main und New York.
- Krugman, Paul (2002): Der amerikanische Albtraum. Vom Millionär zum Milliardär. Befreit von allen Gleichheitsidealen, reißen die Reichen in den USA immer mehr Wohlstand an sich. Die Mittelschicht löst sich auf. In: Die Zeit vom 7.11.2002, S. 25–28.
- Luhmann, Niklas (1972): Rechtssoziologie 1, Reinbek bei Hamburg.
- Nell-Breuning, Oswald von (1968): Baugesetze der Gesellschaft, Freiburg.
- Nienhäuser, Werner und Wenzel Matiaske (2003): Der ‚Gleichheitsgrundsatz‘ bei Leiharbeit – Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern im europäischen Vergleich. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 56, Heft 8, S. 466–473.
- Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut, Hamburg.
- Paugam, Serge und Duncan Gallie (2002): Soziale Prekarität und Integration. Bericht für die Europäische Kommission. Generaldirektion Beschäftigung. Eurobarometer 56.1, Brüssel.
- Rodgers, Gerry (1989): Precarious Work in Western Europe. In: Gerry Rodgers and Janine Rodgers (Hg.): Precarious Jobs in Labour Market Regulation. The Growth of Atypical Employment in Western Europe, Genf, S. 1–16.
- Schultheis, Franz und Kristina Schulz (Hg.) (2005): Gesellschaft mit begrenzter Haftung, Konstanz.
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) (2007): Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Empfehlungen zum „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Beschluss der Programmkommission vom 22. September 2007.

- Vester, Michael (2005): Die Eieruhr-Gesellschaft. Die Wohlstandsmitte bröseln auseinander, und die Furcht vor sozialem Abstieg wächst. In: Frankfurter Rundschau, 20. Mai 2005, S. 9.
- Vogel, Berthold (2006): Sicher-prekär. In: Stephan Lessenich und Frank Nullmeier (Hg.): Deutschland – eine gesplittene Gesellschaft, Frankfurt am Main und New York, S. 73–91.
- Vogel, Berthold (2007): Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg.
- Vogel, Berthold (2008): Biographische Brüche, soziale Ungleichheiten und politische Gestaltung. Bestände und Perspektiven soziologischer Arbeitslosigkeitsforschung. In: Mittelweg 36, Heft 2/2008, Hamburg.

www.fes.de/integration

Arbeitspapier N° 1

Peter Bartelheimer

Politik der Teilhabe

Ein soziologischer Beipackzettel

Arbeitspapier N° 2

Irene Becker

Verdeckte Armut in Deutschland

Ausmaß und Ursachen

Arbeitspapier N° 3

Stefan Bach und Viktor Steiner

Nur Zuwächse für Reiche?

Die Verteilung der Markteinkommen in Deutschland

Arbeitspapier N° 4

Berthold Vogel

Gute Aussichten für Gute Arbeit?

Neue politische Spielräume in Zeiten verschärfter
Statuskonflikte und Wohlstandssorgen

Die Arbeitspapiere finden Sie auch als pdf-Format unter

www.fes.de/integration/inhalt/fach.htm

ANALYSEN
KOMMENTARE